



Nur die erste Säule steht

Bankenunion. Die EU hat mit der gemeinsamen Bankenaufsicht die erste Säule der Bankenunion beschlossen. Zunächst wird die Europäische Zentralbank die Bilanzen der 130 größten Banken prüfen, um diese dann ab November 2014 dauerhaft zu beaufsichtigen. Wichtige Details sind allerdings ungeklärt – etwa wer für den zusätzlichen Kapitalbedarf der Banken aufkommt. 

Bisher haben die EU-Staaten „ihre“ Banken in Eigenregie überwacht und im Insolvenzfall retten müssen. Länder wie Irland brachte dies in arge finanzielle Bedrängnis. Zwar ist die Bilanzsumme der europäischen Banken kleiner als die der

großen US-Geldhäuser, gemessen an der Wirtschaft ihres Heimatlandes sind sie aber riesig (Grafik):

Die Bilanzsumme der ING zum Beispiel war Ende 2012 fast doppelt so hoch wie das niederländische Bruttoinlandsprodukt.

Die größte Bank der USA, JP Morgan Chase, kam dagegen lediglich auf 15 Prozent der US-Wirtschaftsleistung.

Zudem sind die 30 weltweit größten Finanzdienstleister, darunter 10 mit Stammsitz in Europa, im Schnitt in 44 Ländern tätig. Gerät eine solche Bank in Schieflage, müssen die Aufsichtsbehörden mehrerer Länder die Rettung koordinieren – was ineffizient und teuer werden kann.

Dies soll die europäische Bankenunion vermeiden. Von ihren geplanten drei Säulen – der gemeinsamen Bankenaufsicht, der gemeinsamen Bankenabwicklung und den gemeinsamen Standards für die Einlagensicherung – ist allerdings nur die erste beschlossene Sache, seit das EU-Parlament am 12. September grünes Licht gegeben hat.

Als oberste Aufseherin über die 130 größten Banken in der EU fungiert künftig die Europäische Zentralbank (EZB), die dazu ein Aufsichtsgremium einrichtet. Ab November 2014 entscheiden die europäischen Währungshüter auch →



Inhalt

Mindestlohn. Die SPD drängt in den Koalitionsverhandlungen auf einen gesetzlichen Mindestlohn. Für den Arbeitsmarkt könnte dieser negative Folgen haben.
Seite 3

Flüchtlinge. Immer mehr Ausländer stellen in Deutschland einen Asylantrag. Arbeiten dürfen sie allerdings erst als anerkannte Flüchtlinge.
Seite 4-5

Materialeffizienz. Der Staat versucht, Unternehmen im nachhaltigen Umgang mit Rohstoffen zu unterstützen – doch nicht alle sind dafür offen.
Seite 6-7

Hochschulabsolventen. Die Zahl der Jung-Akademiker steigt nicht nur in den Ingenieurstudiengängen – auch in den Geisteswissenschaften gibt es mehr Absolventen.
Seite 8

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ über die Zulassung von Banken, sofern diese für das Finanzsystem relevant sind. Die EZB überwacht, ob die Banken genug Eigenkapital vorhalten und nicht zu hohe Schulden anhäufen. Bei Verstößen kann die EZB zum Beispiel Sanierungspläne von den Banken einfordern.

Die etwa 6.000 weniger systemrelevanten Banken unterstehen weiterhin generell den nationalen Aufsichtsbehörden. Bahnt sich jedoch eine Krise an, die die Stabilität des Bankensystems gefährdet, kann die EZB auch eine kleine Bank unter ihre direkte Aufsicht stellen.

Doch zunächst wird die EZB 2014 die großen Finanzinstitute unter die Lupe nehmen, um zu sehen, wo Probleme lauern könnten. Schließlich geben die Banken selbst zu, dass vieles nicht im Lot ist, vor allem in den Euro-Krisenstaaten (Grafik):

In Griechenland z.B. galten 2012 mehr als 16 Prozent aller Bankkredite als akut ausfallgefährdet.

Ein großes Problem beim Bilanz-TÜV ist allerdings, dass die Regeln für die gemeinsame Bankenabwicklung wohl erst 2014 verabschiedet werden. Entdeckt die EZB aber bereits jetzt Finanzlöcher, die sogar zu weiteren Insolvenzen führen könnten, dann stellt sich die Frage, wer für die Verluste haftet. Während die Europäische Kommission einen Abwicklungsfonds will, für den alle EU-Staaten gemeinsam haften, befürwortet die Bundesregierung nationale Fonds.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) plädiert für einen Mittelweg: Demnach soll der gemeinsame Fonds nur zum Einsatz kommen, wenn die Insolvenz einer Bank die gesamte Eurozone gefährdet. Keine Gemeinschaftshaftung soll es dagegen für Altschulden der Banken geben – denn diese Schulden wurden unter der in vielen Fällen nicht so strengen nationalen Bankenaufsicht angehäuft.

Faule Kredite im Süden

So viel Prozent aller von Banken vergebenen Kredite waren im Jahr 2012 „zweifelhaft“ oder „notleidend“



IW policy papers 16/2013

Markus Demary:

Ein Vorschlag für eine europäische Bankenunion ohne automatische Vergemeinschaftung von Bankverlusten

www.iwkoeln.de/bankenunion

Neue Struktur ist nötig

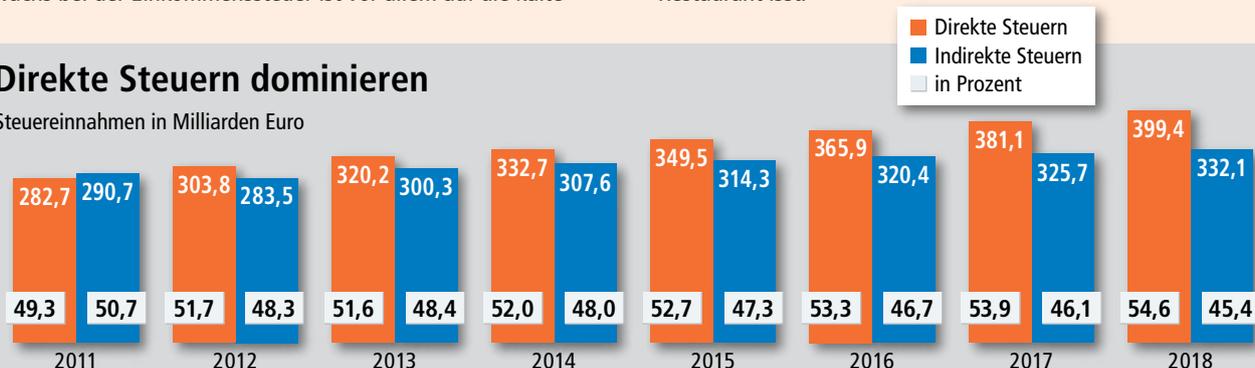
Steuereinnahmen. In Berlin ringen CDU/CSU und SPD um den Kurs in der Steuerpolitik. Dabei ist klar: Steuererhöhungen sind unnötig (vgl. iw42/2013). Die jüngste Steuerschätzung bestätigt, dass der Staat mit weiter steigenden Einnahmen rechnen kann (Grafik) und in diesem Jahr einen Steuerrekord von 620 Milliarden Euro erzielt.

Die Politik sollte jedoch die Steuerstruktur verbessern. Der kräftige Zuwachs bei der Einkommenssteuer ist vor allem auf die kalte

Progression zurückzuführen – wenn Einkommenserhöhungen nur die Inflation ausgleichen, steigt trotz unveränderter Leistungsfähigkeit die steuerliche Durchschnittsbelastung. Dieser Effekt ist wachstumsfeindlich und muss abgeschafft werden. Bei der Mehrwertsteuer dagegen gibt es viele unsinnige Ausnahmen, die der Staat streichen könnte. So werden für eine Pizza 7 Prozent fällig, wenn man sie mitnimmt, aber 19 Prozent, wenn man sie im Restaurant isst.

Direkte Steuern dominieren

Steuereinnahmen in Milliarden Euro



ab 2013: Prognose aus der Steuerschätzung
 Ursprungsdaten: Bundesfinanzministerium

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw46

Viel Wunschenken

Mindestlohn. In den Berliner Koalitionsverhandlungen will die SPD einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde durchsetzen. Von den Vorteilen, die eine solche Regelung angeblich hätte, bleibt jedoch bei näherem Hinsehen wenig übrig. Vielmehr sind negative Wirkungen auf den Arbeitsmarkt wahrscheinlich.

Ein Mindestlohn in der derzeit diskutierten Höhe ist alles andere als nebensächlich – immerhin 19 Prozent aller Arbeitnehmer in Deutschland, also 6 Millionen Menschen, wären davon betroffen (Grafik).

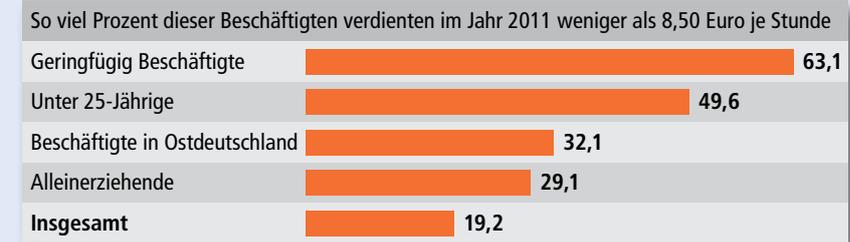
Aufgrund des Lohngefälles innerhalb Deutschlands würde sich der Mindestlohn in Ostdeutschland sogar auf 32 Prozent der Beschäftigten auswirken.

Ob der Mindestlohn für diese Beschäftigten die erhoffte Wohltat wäre, ist allerdings zweifelhaft:

- **Armut.** Die Befürworter des Mindestlohns nennen oft als Hauptziel, Armut zu bekämpfen. Doch jene Beschäftigten, die bisher maximal 8,50 Euro je Stunde verdienen, tragen im Schnitt nur 38 Prozent zum jeweiligen Haushaltseinkommen bei. Es gibt also meist einen Partner, der deutlich mehr Geld in die Haushaltskasse bringt. Entsprechend sind von den Geringverdienern letztendlich 82 Prozent gar nicht arm.
- **Arbeitslosengeld-II-Bezug.** Ein weiteres Argument pro Mindestlohn ist, dass er die Zahl derjenigen reduziere, die ihren Arbeitslohn mit Hartz IV aufstocken müssen. Doch hierfür ist oft nicht ein niedriger Stundenlohn, sondern die geringe Stundenzahl ausschlaggebend – über

Mindestlohn: Wen er betrifft

In Deutschland wird derzeit diskutiert, einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde einzuführen



So viel Prozent dieser Unternehmen hatten im Jahr 2011 Mitarbeiter, die weniger als 8,50 Euro je Stunde verdienten



Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 46

die Hälfte der Aufstocker arbeitet weniger als 15 Stunden pro Woche.

So manchen Wunsch lässt der Mindestlohn also unerfüllt. Auch negative Effekte bleiben vermutlich nicht aus. Um nur zwei zu nennen:

- **Beschäftigung.** Ökonomen schätzen die Zahl der Jobs, die durch den Mindestlohn bedroht sind, auf einige Zehntausend bis hin zu mehr als 1 Million. Die Verfechter des Mindestentgelts halten das für übertrieben und verweisen auf Länder, in denen es bereits eine Lohnuntergrenze gibt.

Doch letztlich kommt es darauf an, wie viele Arbeitnehmer betroffen sind. In Großbritannien etwa spielt der Mindestlohn von umgerechnet rund 7,60 Euro je Stunde lediglich für 5 bis 6 Prozent der Beschäftigten eine Rolle – alle anderen verdienen ohnehin mehr. In Deutschland ist der Kreis der Betroffenen deutlich größer – und damit auch die Zahl der potenziell bedrohten Jobs.

- **Schattenwirtschaft und Scheinselbstständigkeit.** Allein etwa 40 Prozent der kleinen Unternehmen müssten aufgrund des Mindestlohns ihren Mitarbeitern mehr zahlen – und folglich die Preise anheben.

Doch ob die Kunden dies akzeptieren, ist mehr als fraglich. Denkbar ist, dass Leistungen wie der Haarschnitt und die Gartenarbeit verstärkt „schwarz“ und damit billiger nachgefragt werden.

Ein anderes Szenario: Der Betrieb – zum Beispiel ein Friseursalon – könnte die Arbeitsverhältnisse seiner Gesellen in Werkverträge umwandeln. Der betroffene Friseur wäre dann formell selbstständig, sodass ein Mindestlohn nicht greifen würde.

Im Übrigen gibt es derzeit bereits 41 Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und DGB-Gewerkschaften mit unteren Tariflöhnen von weniger als 8,50 Euro. Diese Verträge, die unter anderem Langzeitarbeitslosen die Chance auf einen Wiedereinstieg bieten, würden durch die Einführung des allgemeinen Mindestlohns kurzerhand außer Kraft gesetzt.

Beschließt die künftige Bundesregierung diesen trotz alledem, sollte sie ihn wenigstens deutlich niedriger ansetzen und erst allmählich anheben. Zum anderen wäre es sinnvoll, zum Beispiel für jüngere Arbeitnehmer sowie Beschäftigte in Ostdeutschland ein reduziertes Mindestentgelt festzulegen.

Arbeiten ist erst mal verboten

Flüchtlinge. In den ersten neun Monaten dieses Jahres haben bereits mehr Flüchtlinge einen Antrag auf Asyl in der Bundesrepublik gestellt als im gesamten Jahr 2012. Bis über den Asylantrag entschieden wird, vergehen im Schnitt zwölf Monate. In den ersten neun Monaten des Verfahrens dürfen die Betroffenen keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, erst als anerkannte Flüchtlinge erhalten sie freien Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt.

Dieses Jahr werden voraussichtlich mehr als 110.000 Menschen in Deutschland einen Asylantrag stellen, prognostiziert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Bereits Ende September hatte die zentrale Asylbehörde mit Sitz in Nürnberg 85.325 Anträge auf dem Tisch – und damit deutlich mehr als im Vorjahr, als insgesamt 77.651 Ausländer in Deutschland auf diesem Weg um Aufnahme und Schutz vor Verfolgung suchten.

Die meisten der Asylanträge aus den ersten neun Monaten 2013 stam-

men von Flüchtlingen aus Russland, und zwar meist aus dem Kaukasus: nahezu 14.000. Im selben Zeitraum hat das BAMF über 8.407 Anträge von Asylsuchenden aus der russischen Föderation entschieden, bleiben durften von ihnen letztlich allerdings nur 205 Auswanderer – also rund 2,4 Prozent (Grafik Seite 5).

Dass die sogenannte Schutzquote für Menschen aus Russland und vielen anderen Herkunftsländern so gering ist, hängt damit zusammen, dass das deutsche Recht nur einen Grund kennt, der einen Anspruch

auf Asyl rechtfertigt: politische Verfolgung. Menschen, die sich zum Arbeiten oder Studieren nach Deutschland aufmachen, die vor Hunger und anderem Elend fliehen oder einfach nur ihrer bereits in Deutschland lebenden Familie folgen wollen, haben kaum Chancen, als Asylberechtigte anerkannt zu werden. Menschen, die wegen Krieg oder aus politischen Gründen aus ihrer Heimat flüchten, können sich dagegen auf die Genfer Flüchtlingskonvention und auf Abschiebeverbote berufen (siehe Kasten).

Doch selbst wenn ein Mensch sein Land tatsächlich aufgrund von politischer Verfolgung verlassen musste, kann er nicht damit rechnen, dass sein Asylantrag in Deutschland auch automatisch bewilligt wird. Denn seit dem Jahr 2003 regelt die sogenannte Dublin-II-Verordnung, welches EU-Mitgliedsland für das Asylverfahren eines einzelnen Flüchtlings zuständig ist – und dies ist in der Regel das Land, in dem er oder sie zuerst europäischen Boden betreten hat. Afrikanische Flüchtlinge zum Beispiel, die oft in Mittelmeeranrainerstaaten wie Italien ankommen, müssen deshalb dort ihren Antrag stellen – auch, wenn sie eigentlich lieber in einem anderen Land eine neue Existenz aufbauen wollen. Lediglich für Griechenland, wo besonders viele Flüchtlinge ankommen, hat Deutschland das Dublin-Verfahren derzeit ausgesetzt.

Die Dublin-Verordnung führt also dazu, dass besonders Länder am Rande Europas überproportional viele Asylbewerber haben – denn logischerweise betreten dort die

Fluchtpunkt Europa

So viele Asylanträge wurden zwischen Januar und Juli 2013 gestellt
 ■ je 10.000 Einwohner

Schweden	22.995	24,25	Vereinigtes Königreich	17.470	2,76
Malta	900	21,56	Italien	13.485	2,22
Ungarn	13.925	13,98	Kroatien	765	1,74
Österreich	10.055	11,91	Irland	545	1,19
Belgien	12.710	11,46	Slowenien	200	0,97
Luxemburg	590	11,24	Litauen	215	0,71
Zypern	630	7,31	Spanien	2.900	0,63
Dänemark	4.025	7,21	Lettland	105	0,51
Deutschland	58.605	7,16	Slowakei	270	0,50
Frankreich	38.235	5,85	Estland	60	0,45
Niederlande	9.265	5,54	Rumänien	890	0,42
Griechenland	4.720	4,18	Tschechien	400	0,38
Finnland	1.735	3,21	Portugal	245	0,23
Bulgarien	2.320	3,17			
Polen	11.995	3,11	Europäische Union insgesamt	230.245	4,53

Asylanträge: Zahlen auf 5 gerundet
 Quelle: Eurostat

meisten Flüchtlinge erstmals europäischen Boden (Grafik Seite 4):

Im Verhältnis zur Zahl der Einwohner wurden in der ersten Hälfte des Jahres 2013 die meisten Anträge auf Asyl in Schweden, Malta und Ungarn gestellt.

Deutschland hat mit mehr als 58.000 Asylanträgen zwischen Januar und Juli zwar absolut die EU-weit höchste Flüchtlingszahl, bezogen auf die Einwohnerzahl kamen auf Malta allerdings dreimal so viele Menschen an.

Asylbewerber müssen in Deutschland strenge Auflagen erfüllen. Solange das Asylverfahren läuft, sind sie in der Regel verpflichtet, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu leben. Außerdem dürfen sie in dieser Zeit die Region rund um ihre Unterkunft nicht verlassen.

In den ersten neun Monaten dürfen Asylbewerber keiner Erwerbstätigkeit nachgehen.

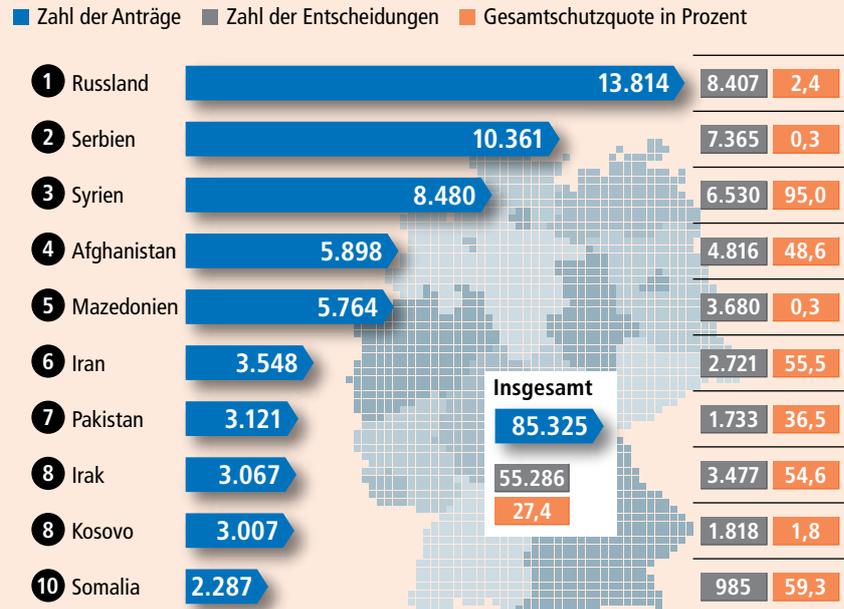
Nach dieser Frist kann die Bundesagentur für Arbeit eine Beschäftigung erlauben – vorausgesetzt für die angestrebte Stelle steht kein geeigneter deutscher Bewerber zur Verfügung (Vorrangprüfung).

Angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen einerseits und der Fachkräftengpässe in Deutschland andererseits wird seit dem Sommer wieder über die Abschaffung des Arbeitsverbots für Asylbewerber diskutiert. Grüne und Liberale sind dafür, CDU und CSU dagegen. Inwiefern die Flüchtlinge tatsächlich dazu beitragen könnten, die Engpässe auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu beseitigen, ist allerdings unklar: Die Qualifikationen der Asylbewerber werden in Deutschland nicht systematisch erfasst.

In der Presse ist zumindest kürzlich eine interne BAMF-Erhebung

Asylbewerber in Deutschland

Die zehn häufigsten Herkunftsländer von Asylbewerbern zwischen Januar und September 2013



Gesamtschutzquote: Sie beschreibt den Anteil der entschiedenen Asylverfahren, die in Asyl, einem Flüchtlingsstatus nach Genfer Konvention oder Abschiebeschutz geendet haben; geduldete Ausländer gehen nicht in die Gesamtschutzquote ein; Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwrd46

für den Zeitraum 2010 bis 2012 zielt worden, wonach zwar mehr als 40 Prozent der Asylbewerber nicht über den Besuch der Grundschule hinausgekommen sind, aber mehr als ein Viertel auf ein Gymnasium und zehn Prozent zur Hochschule

gegangen sind. Potenzial wäre demnach also durchaus vorhanden, das es zu heben gilt. Dafür müssten Asylbewerber und Geduldete allerdings schneller in den deutschen Arbeitsmarkt eingegliedert und die Vorrangprüfung abgeschafft werden.

Genfer Flüchtlingskonvention

Sie gewährt Flüchtlingen Schutz, die in ihrem Heimatland aus religiösen oder politischen Gründen, aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder Staatszugehörigkeit verfolgt werden.

Abschiebeschutz

Flüchtlinge, deren Asylanträge abgelehnt werden, genießen Abschiebeschutz, wenn ihnen in ihrer Heimat Folter oder die Todesstrafe droht. Ferner dürfen Flüchtlinge nicht ausgewiesen werden, wenn ihnen in einem anderen Land Freiheitsentzug oder „Gefahr für Leib oder Leben“ (AufenthG, §60, Absatz 7) drohen.

Duldung

Auch wenn Flüchtlinge keinen Aufenthaltstitel in Deutschland erhalten, können rechtliche, persönliche oder humanitäre Gründe gegen eine Abschiebung sprechen. Wird die Abschiebung ausgesetzt, erhalten Flüchtlinge den Status eines Geduldeten. Die Duldung wird in der Regel für sechs Monate gewährt, anschließend wird erneut die Möglichkeit einer Abschiebung geprüft. Geduldete dürfen im ersten Jahr nicht erwerbstätig sein, im zweiten bis vierten Jahr nur unter bestimmten Voraussetzungen. Wer seit mindestens vier Jahren als Geduldeter in Deutschland lebt, darf mit Zustimmung der Ausländerbehörde arbeiten. Im vergangenen Jahr lebten 86.042 Geduldete in Deutschland.

Nicht jeder will gut beraten sein

Materialeffizienz. Ob Eisen oder Holz, Seltene Erden oder Getreide – Rohstoffe werden immer teurer und die Beschaffung ist auch nicht immer gesichert. Der nachhaltige Umgang mit Rohstoffen ist daher insbesondere in Unternehmen mit hohen Materialkosten ein Muss. Der Staat versucht, die Firmen dabei zu unterstützen – doch nicht alle sind dafür offen. 

Deutschland ist ein relativ rohstoffarmes Land und muss daher viele Ressourcen importieren. Dabei geht es nicht mehr nur um fossile Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas, sondern auch um Eisen, Kupfer, Lithium oder die Seltenen Erden, die in der Mikroelektronik verwendet werden. Einige Metalle und Mineralien werden nur in wenigen Ländern gefördert, die so hohe Preise verlangen können. Im Produzierenden Gewerbe zum Beispiel machen die Materialkosten schon mehr als 40 Prozent aller Kosten aus. Entsprechend hoch ist das Einsparpotenzial: Je nach Branche schätzen Experten es auf bis zu 20 Prozent.

Zu den hohen Materialkosten kommt die Belastung der Umwelt, denn durch die Förderung von Roh-

stoffen greift der Mensch oftmals stark in die Natur ein. Die Bundesregierung hat deshalb bereits im Jahr 2002 eine Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet. Diese sieht vor, die Ressourcenproduktivität in deutschen Unternehmen bis 2020 im Vergleich zu 1994 zu verdoppeln. Gemessen daran ist allerdings erst etwa die Hälfte des Weges zurückgelegt. Wirtschaft und Politik sind also gleichermaßen an einem effizienten Einsatz von Rohstoffen interessiert.

Materialeffizient produzieren und arbeiten können Unternehmen auf drei Arten:

- **Rohstoffeinsatz reduzieren.** Ähnlich wie die schwäbische Hausfrau in der Küche versuchen die Unternehmen, Ausschuss und Reste in der Produktion so gering wie möglich zu

halten. In der Metallverarbeitung lässt sich beispielsweise durch präziser arbeitende Werkzeuge der Verschleiß verringern.

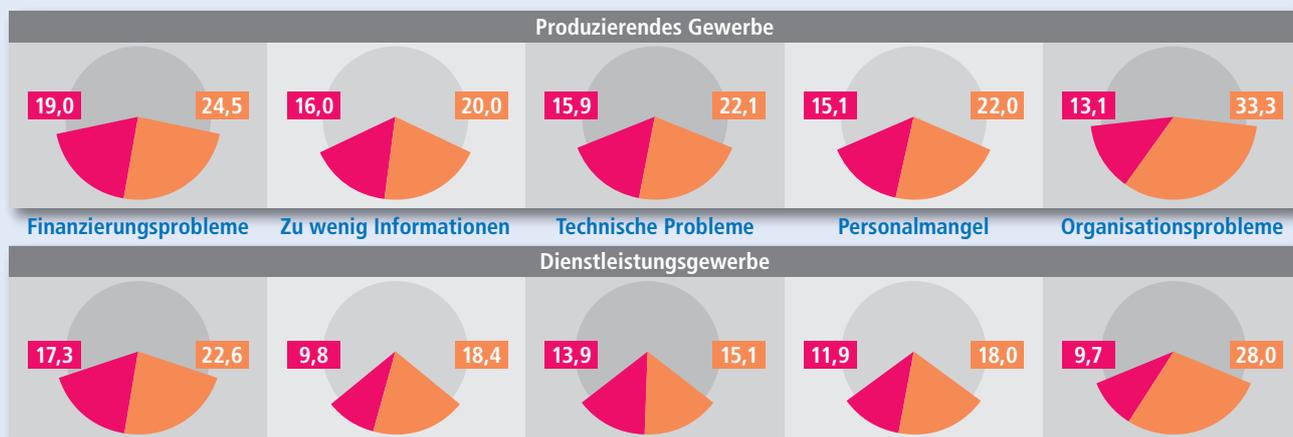
- **Materialien recyceln und wiederverwenden.** Firmen verwenden Materialien mehrfach oder auf verschiedenen Wertschöpfungsebenen, was bei steigenden Materialpreisen und höheren Entsorgungskosten für Abfall wirtschaftlich sinnvoll ist. Gießereien beispielsweise reinigen den Sand für ihre Gießformen selbst und setzen ihn erneut ein – oder ausrangierte Möbel werden zu Spanplatten für die Bauindustrie weiterverarbeitet. Wenn diese Bauspanplatten ausgedient haben, werden sie recycelt oder in Kraftwerken genutzt, um Strom oder Wärme zu erzeugen.

- **Alternative Materialien verwenden.** Oft ist es auch möglich, ein teures, knappes oder nicht umweltverträgliches Material durch eines mit ähnlichen oder besseren Eigenschaften zu ersetzen. Beispielsweise gibt es mittlerweile erste Fahrräder,

Materialeffizienz: Wo es in den Firmen klemmt

So viel Prozent der Unternehmen haben Probleme bei der Verbesserung der Materialeffizienz und können diese so lösen

 mit Hilfe  allein



Rest zu 100: keine Probleme; Befragung von 1.287 Unternehmen, für die Materialeffizienz ein Thema ist, im Herbst 2012; Ursprungsdaten: IW-Zukunftspanel



die nicht aus Stahl oder Aluminium bestehen, sondern aus Pappe.

Allerdings erkennen Unternehmen nicht immer alle Möglichkeiten der Materialeffizienz, meist fehlen ihnen die nötigen Informationen oder ein Blick von außen auf ihre Prozesse. Zum Teil scheuen sie neben den Preis- und Währungsrisiken beim Materialeinkauf aber auch die nötigen Investitionen.

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat im Rahmen des IW-Zukunftspanels im Herbst 2012 knapp 1.800 Unternehmen zu ihren Schwierigkeiten bei der Steigerung der Materialeffizienz und zu ihren Erfahrungen bei Beratungen und Unterstützungsangeboten befragt.

Die größten Probleme bei der Verbesserung ihrer Materialeffizienz haben die Unternehmen mit den Finanzen und der Organisation (Grafik Seite 6). Dabei fällt auf, dass die meisten Firmen ihre Probleme lieber ohne Hilfe lösen wollen – ein Grund ist, dass sie ihre Betriebsabläufe nicht offenlegen möchten.

Die Politik unterstützt die Unternehmen ohnehin auf einer für sie freiwilligen Basis:

Der Staat bietet Informationen zu Materialverbrauch und Einsparmöglichkeiten, öffentlich geförderte Beratungen durch Experten vor Ort oder auch günstige Finanzierungen.

Doch finden die Firmen diese Angebote hilfreich und akzeptieren sie? Die Zahlen der IW-Befragung sind nicht allzu ermutigend: Nur gut jedes dritte Unternehmen, für das Materialeffizienz überhaupt ein Thema ist, schätzt die staatlichen Informationen als hilfreich ein. Auch mit den Beratungs- und Kreditangeboten können sich gerade einmal knapp 30 Prozent der Firmen anfreunden. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Unternehmen des Produzierenden Gewerbes oder des Dienstleistungsbereichs handelt.

Generell kommen die staatlichen Informations- und Beratungsangebote bei den Firmen, die sich bisher nicht beraten lassen, umso weniger an, je geringer deren Umsatz ist:

Während von den Unternehmen mit mindestens 50 Millionen Euro Umsatz gut die Hälfte für eine Beratung offen ist, kann sich von den Firmen mit unter 1 Million Euro Umsatz nicht einmal ein Drittel dafür erwärmen (Grafik).

Dabei sind kostenlose Informationen beliebter als Beratungsangebote – was nicht verwundert, da jedes zweite befragte Unternehmen sich keinen Berater ins Haus holen möchte. Große Firmen schätzen Beratungen dagegen sehr und verpflichten Experten sogar auf eigene Kosten, wenn sie sich davon Verbesserungen versprechen. Kleinen Unternehmen fehlen oft Geld und Informationen – gerade für sie sind die Unterstützungsangebote gemacht.



aus IW-Trends
4/2013

Hendrik Biebeler, Edgar Schmitz:
Materialeffizienzberatung – Welche Unternehmen kann sie erreichen?

www.iwkoeln.de/trends

Orchideen-Fächer blühen

Hochschulabsolventen. Bei allen Klagen über den Fachkräftemangel in Deutschland geht fast unter, dass Jahr für Jahr mehr Akademiker auf den Arbeitsmarkt drängen. Die Absolventenzahlen steigen nicht nur in den für die Wirtschaft besonders interessanten Fachrichtungen wie den Ingenieurstudiengängen oder der Medizin – auch in den Geisteswissenschaften gibt es heute deutlich mehr Absolventen als noch vor ein paar Jahren.

Lesen statt fräsen – wer hätte das gedacht? Ausgerechnet die oft als Orchideen-Fächer verschrienen Studiengänge brachten in den vergangenen Jahren deutlich mehr Absolventen hervor als die „Massenfächer“ – zumindest in der Relation. So ist die Zahl der Hochschulabsolventen, die zwischen 2005 und 2012 einen Abschluss in den allgemeinen oder den außereuropäischen Sprach- und Kulturwissenschaften machten, jeweils um mehr als 200 Prozent ge-

stiegen. In den Kulturwissenschaften im engeren Sinne legten die Absolventenzahlen um 179 Prozent zu, in Slawistik, Finno-Ugristik (Finnisch, Ungarisch u. a.) und Baltistik um 157 Prozent. Die Zahl der Jung-Philosophen hat sich fast verdoppelt und durch die Geschichtsprüfungen kamen im vergangenen Jahr knapp 88 Prozent mehr Kandidaten als 2005. In den Literaturwissenschaften nahm die Zahl der Absolventen immerhin um 59 Prozent zu.

Allein in den oben genannten Fächern gab es im vergangenen Jahr rund 15.000 Erstabsolventen – bei den Humanmedizinerinnen beispielsweise waren es lediglich knapp 9.700.

Im Jahr 2005 war es noch umgekehrt: Damals beendeten 8.800 Humanmediziner erfolgreich ihr Studium, wohingegen nur 6.600 Studenten in Geschichte, Philosophie, Slawistik und Co. ihr Studium abschlossen.

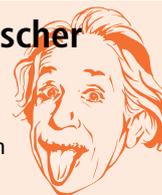
Betrachtet man statt einzelner Fächer aber die Fachbereiche, so haben in Deutschland nicht die Geistes-, sondern die Ingenieurwissenschaften am meisten zugelegt (Grafik):

Im Jahr 2012 schlossen rund 60.000 Studenten ihr ingenieurwissenschaftliches Erststudium ab und damit rund 75 Prozent mehr als 2005.

Trotzdem gibt es nach wie vor zu wenige Absolventen dieser Fachrichtung, denn die Nachfrage nach Luft-

Mehr akademischer Nachwuchs

Zahl der Erstabsolventen an deutschen Hochschulen im Jahr 2012



Veränderung gegenüber 2005 in Prozent



Ursprungsdaten:
Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 iw Medien - iw-d 46

und Raumfahrttechnikern oder Maschinenbauern ist weiterhin größer als das Angebot.

Dies zeigt sich auch an den Gehältern: Ein Vollzeit arbeitender MINT-Akademiker verdiente 2005 durchschnittlich 4.500 Euro brutto im Monat, 2012 kam er bereits auf 4.900 Euro – und damit auf einen deutlich höheren Verdienst als der Durchschnittsakademiker mit einem Bruttomonatslohn von 4.600 Euro.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw-d@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iw-d wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.